



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Markgraf, H.: Eine neue Geschichte des deutschen Reiches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Eine neue Geschichte des deutschen Reiches.

Es will scheinen, als ob die wissenschaftliche Geschichtschreibung in Deutschland von den großen Ereignissen unserer Zeit weniger Antrieb zur Darstellung auch ferner liegender Perioden der Reichsgeschichte erhalten hat, als es doch in der Natur dieser einen so langen Zeitraum unserer politischen Entwicklung abschließenden Ereignisse liegen sollte. Denn unwillkürlich wird das Gefühl des Unmuths, mit dem wir das alte Reich verfallen und die deutschen Dinge immer verderblichere Bahnen einschlagen sehen, heute durch das Bewußtsein gemildert, daß die politische Kraft der Nation dadurch nicht gebrochen worden ist, daß sie sich nach langem Umherirren doch auf einen zum Ziele der politischen Einheit, wenn auch in loserer Form als bei anderen Nationen führenden Weg gefunden hat. So gesellt sich zu der gesteigerten Lebhaftigkeit des Nationalgefühls doch eine gesättigte Ruhe, und die Zeit erleichtert es einem Geschichtschreiber Deutschlands die Stimmung zu finden, die allein seinem Werke zugänglich ist, und die es zugleich seinem Publikum sympathisch macht. Freilich einen Erfolg, wie ihn Giesebrecht, Raumer, Ranke, Häusser für ihre die Hauptepochen der deutschen Geschichte beschreibenden Werke erzielt haben, wird sich nicht von vornherein der Darstellung jedes Zeitraums vorherzusagen — aber auch nicht abzusprechen lassen; es kommt eben, wenn das Werk sonst an die Höhe der Geschichtschreibung heranragt, erst auf die Probe an. Denn auch die Zeiten, die keinen Kaiser Otto und keinen Luther hervorgebracht haben, sind voller Leben, und es ist auch nicht reizlos dem Regen der Kräfte und Gedanken nachzugehen, wo sie sich in keiner großen Gestalt verkörpern, sondern im wirren Durcheinander kleinerer Geister verzehren. Die Zeiten des 14. und 15. Jahrhunderts sind ganz besonders dieser Art, und es ist daher mit Freude das Werk des Breslauer Professors Theodor Lindner zu begrüßen, der uns eine „Geschichte des deutschen Reiches vom Ende des 14. Jahrhunderts an bis zur Reformation“) verspricht, und diese soeben mit dem die Hälfte der Regierung des Königs Wenzel umfassenden ersten Bande eröffnet hat.

Der Verfasser bekennt selbst in der Vorrede: „Vielleicht wäre es angemessener gewesen, mit der Regierung Karl's IV. zu beginnen.“ Gewiß wäre es das gewesen. Schon allein die Gründung der Luxemburgischen Großmacht im Osten des Reichs auf halb slawischen Boden ist für das Verhältniß von Kaiser und Reich von schwerwiegender Bedeutung geworden, da der Thron fast ein Jahrhundert in dieser Familie verblieb. Jenes in der habsburgischen Periode immer mehr wachsende Uebel, daß die Interessen des Kaiserhauses

*) Braunschweig. C. A. Schwetsche & Sohn (Brahm) 1875.

und des Reiches nicht zusammen, sondern nebeneinander herliefen, datirt seit der Gründung der Luxemburgischen Hausmacht. Es ist doch wohl nicht zutreffend, wenn der Verfasser einmal darüber klagt, daß sich der Westen dem königlichen Einflusse ganz entzogen hätte; es entspricht der wirklichen Lage der Dinge wohl mehr zu sagen, daß der König sich von der Leitung des westlichen Deutschlands zurückzog. Das gilt aber schon von Karl IV., dessen Hauptleistung doch immer die bleibt, Böhmen, Mähren, Schlesien, die Lausitzen und die Mark, lauter ostwärts gelegene, ursprünglich slawische, nun schon mehr oder weniger germanisirte Lande zu einem Staatskörper vereinigt zu haben. Warum er trotzdem mit König Wenzel erst begonnen hat, motivirt der Verfasser damit, daß er nicht habe warten wollen, bis die wichtigste Vorarbeit zur Geschichte Karl's IV. seine zwar schon lange verheißenen, aber noch nicht erschienenen Regesten, herausgekommen seien, ein immer hinristiger, wenn auch bedauerlicher Grund. Inzwischen ist übrigens das erste Heft derselben erschienen.

Gegenüber der eigentlichen Kaiserzeit bis zum Untergange der Hohenstaufen liegt das historische Material für die Periode vom Interregnum bis zur Reformation zum großen Theil noch in chaotischer Unordnung. Die Zahl der gleichzeitigen Schriftsteller, die als Quellen dienen können, ist sehr gering, dagegen wächst die Zahl der Urkunden in viele Tausende. Was die Reichsgeschichte an Tiefe und Zusammenhang verliert, gewinnt sie an Breite und üppigem Leben im Einzelnen. Was von der wissenschaftlichen Zurüstung des Materials aus neuerer Zeit dem Verfasser am meisten zu Gute gekommen ist, sind die deutschen Städtechroniken und die Reichstagsakten, die Beide der Muniticenz des verstorbenen und des regierenden Königs von Bayern zu danken sind, die eine Hälfte des Buches beruht hauptsächlich darauf.

König Wenzel erfreut sich nicht eines besonderen Rufes, und seine Geschichte ist außerhalb der speciellen Fachreise wenig bekannt. Die alten Verse des Volksliedes bei Soltau

König Karol gab die Bulle,
Wenzel macht sich selbst zur Nulle.

resumiren auch für manchen gebildeten Deutschen die Kenntniß, die ihm die Schulzeit von der Geschichte beider Männer zurückgelassen hat. Dann haben uns freilich Uhland's herrliche Dichtungen den alten Grainer, die trotzigten Herren von den Ritterbünden, die streitbaren Bürger Ulms und der andern Schwabenstädte zu vertrauten Figuren gemacht, aber über dem romantischen Interesse ist der politische Gehalt dieser Kämpfe wenig zum Bewußtsein gekommen. Und es hat sich doch auf den Schlachtfeldern von Neutlingen und Döffingen um recht folgenschwere Erscheinungen gehandelt.

Die Entstehung und das allmähliche aber stetige Wachstum des großen

süddeutschen Städtebundes, sein fortwährenden Schwankungen unterworfenen Verhältniß zu den Fürsten und die Stellung, die der König dazu einnimmt, erwecken in dem vorliegenden Bande, der bis 1387 reicht, in erster Reihe das Interesse.

Ins Jahr 1376, als Karl IV. eben die Wahl seines Sohnes Wenzel erreicht hatte, wobei „tapfer der Gulden miltief“, fallen die Anfänge des schwäbischen Städtebundes. Eben die großen Kosten der Wahl, fürchteten die Reichsstädte, würden auf sie abgewälzt werden; denn die Verpfändung von Reichsstädten war ein beliebtes Mittel des Kaisers Geldverpflichtungen abzuwickeln, jetzt stand dessen Anwendung in umfassender Weise bevor. So vereinten sich zunächst 14 Städte in Schwaben: Ulm, Konstanz, Reutlingen u. s. w. trotz der goldenen Bulle zu einem Bunde und stellten dem neuen König die Fuldigung nur gegen die Zusicherung nicht verpfändet zu werden in Aussicht. Karl's Versuch Gewalt zu brauchen scheiterte an den festen Mauern Ulms, und als er den Krieg den bayerischen Herzögen und dem Würtemberger Eberhard überläßt, ziehen sich die ersteren am Erfolge verzweifelnd im Winter zurück, und letzterer erleidet im folgenden Frühjahr seine bekannte Niederlage bei Reutlingen. Dieser erste Erfolg verleiht dem Bunde Festigkeit und Vergrößerung; da Wenzel jetzt die Städte zwar nicht als Bund sondern einzeln gegen Verletzung sicher stellte und ihnen vereinte Vertheidigung gegen Bruch des Friedens gestattete, auch Eberhard sich ein Jahr später „nach der Städte Willen“ mit ihnen verrichtete, stieg der Bund bald bis auf 31 Städte, denen sich 1379 auch das mächtige Augsburg anschloß.

Die Zukunft des Bundes und seine Bedeutung für die Weiterentwicklung der Reichsverfassung hing von der Frage ab, ob er, gegen die ausdrückliche Bestimmung der goldenen Bulle entstanden, die Anerkennung des Kaisers und der Fürsten des Reichs erlangen würde. Wenn das glückte, dann war den deutschen Städten der Weg gewiesen, wie sie zu einem mitbestimmenden Factor der Reichsverfassung werden konnten. Den Mitgliedern des anerkannten Bundes konnte die Einladung zum Reichstag, die bisher von der Willkür des Königs abhing, nicht wohl versagt werden; eine regelmäßige Vertretung der Städte im Reichstage hatte sich angebahnt. Warum konnte das nicht zu ähnlichem Ziele führen wie in England, dessen Beispiel seit einem Jahrhundert vorlag! Aber zunächst haben wir uns die Frage vorzulegen, ob die Städte wirklich nach politischen Zielen gestrebt haben, ob nicht allein das Interesse ihrer Erhaltung und Sicherung gegen augenblickliche Gefahr dem Bunde Ursprung und Fortgang gegeben habe. Die Urtheile des Verfassers hierüber sind sehr vorsichtig. Die gleichzeitigen Quellen, etwa die Städtechroniken, sind nicht derart um sich darüber zu verbreiten, und der Verlauf der Ereignisse läßt auch nicht recht zur Gewißheit darüber kommen. Daß in ein-

zelnen Städten, wie z. B. in dem allzeit kühnen Ulm, Männer von weit-schauendem Blick gewesen sind, die über die lokalen Interessen hinaus politischen Zielen nachstrebten, möchte der Verfasser nicht ableugnen, aber sie fanden in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Städte, in dem Wunsche der ehrsamten Handwerker und Kaufleute nicht weiterzugehen, als es zum Schutze ihres Gewerbes erforderlich war, ein allzugroßes Gegengewicht, um zur Geltung zu kommen. Auch lockerte sich mit der Ausdehnung des Bundes die Einheit desselben, besonders als neben dem schwäbischen sich der rheinische Städtebund bildete, und beide, durch verschiedene Anlässe hervorgerufen, sich zu vereinigen trachteten.

Die Gründung des schwäbischen Städtebundes hatte Veranlassung zur Entstehung zahlreicher Rittergesellschaften gegeben, und deren bedrohliches Auftreten trieb wieder in Elsaß und am Rhein die Städte zur Einigung. Hier war also das Motiv ein anderes als in Schwaben, nicht um Versehung durch den König, sondern um die Befehdung durch den städtefeindlichen Adel abzuwenden, entstand hier der Bund. Mainz, Worms, Speier, Straßburg waren ja überhaupt nicht Reichsstädte, sondern Freistädte, also zu Zahlungen an den König in keiner Weise verpflichtet. Aber der rheinische Bund war kaum errichtet, als auch schon vom schwäbischen das Anerbieten einer gegenseitigen Einigung gemacht wurde. Daß dieselbe zu Stande kam, ließ fortan die Macht der Städte äußerlich sehr imposant erscheinen; aber das Gefüge war ein loses, denn jeder Bund blieb für sich bestehen, und es kam immer nur zu gütlichen Vereinbarungen zwischen beiden, nicht zu gemeinsamen Beschlüssen. Es liegt zudem in der Natur der Dinge, daß die Muthigen und Vorwärtsstrebenden den Aengstlichen und nur auf Erholung Bedachten mehr Rechnung tragen müssen als umgekehrt. Doch wuchs die Anziehungskraft des Bundes noch immer. Von Basel bis Regensburg erstreckte sich jetzt das Gebiet, selbst das volk- und geldreiche Nürnberg, das mehr Reichssteuer zahlte als irgend eine andere Stadt und zu den Luxemburgern in sehr intimer Verbindung stand, konnte sich in seiner Isolirung nicht halten und mußte dem allgemeinen Zuge folgen, der auch die rheinischen Städte allmählich in die Wege der schwäbischen zu drängen schien. Im October 1832 verlängern beide ihre Einigung auf 10 Jahre.

Die Besorgniß vor dem unruhigen Trieb Leopold's von Oesterreich nach Vergrößerung seiner Lande trieb die schwäbischen Städte auch, Anknüpfung bei den Schweizern zu suchen. Die größeren Städte wie Zürich, Bern und andere — Basel und St. Gallen gehören schon zum schwäbischen Bunde — sind bald zur Verbindung geneigt. Ihre Einigung mit den schwäbischen Städten wird auch Namens der rheinischen abgeschlossen, der große Zusammenhang

erhalten, doch standen die Interessen der Schweizer den rheinischen Städten noch viel ferner als die Schwabens.

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob es denn zu gar keiner Verbindung oder doch zu Bemühungen darum zwischen den Städten des Südens und des Nordens gekommen ist; hier war ja im Hansabunde schon längere Zeit eine machtvolle Vereinigung gegeben, mit der man sich nur zu verbinden hatte. Eine Coalition des süddeutschen und des norddeutschen Bundes mußte die gewaltigen Kräfte, die in den Städten lagen, Jedermann sichtbar und greifbar machen, den König und die Fürsten zwingen, das deutsche Bürgerthum als berechtigten politischen Factor anzuerkennen und ihm Raum zu gewähren. Aber die zeitlichen Quellen schweigen durchaus darüber, und man hüte sich dringend, Ideen, mit denen wir jetzt zu rechnen gelernt haben, in das 14. Jahrhundert hineinzutragen. Nicht Principien- sondern Interessenpolitik wurde getrieben, das gilt ganz besonders von den Hansestädten, die für ihre Interessen vom Reiche wenig Schutz erwarten konnten und sich desselben zu entschlagen gelernt hatten. Ist sonach nicht einmal von Solidarität der Interessen zwischen dem hanseatischen und schwäbischen Bunde die Rede, so noch viel weniger von gemeinschaftlichen politischen Plänen, überhaupt weder von Anknüpfung noch von Verbindung.

Ausführlich schildert unser Buch, wie sich der König und die Fürsten zu diesen Bewegungen im Kreise der Städte verhalten, wie sie ihre Interessen dagegen wahren, Bund mit Gegenbund erwidern, bald listig, bald drohend den Städten beizukommen suchen, wie trotz aller Anstände, Richtungen, Stellungen und Frieden die Gegensätze unvereinbar und der Appell an das Schwert unvermeidlich scheint. Auch die Fürsten kämpfen nicht für Principien, sondern für die Erweiterung, beziehentlich Erhaltung ihrer Macht. Aber sie scheinen doch den Städten darin überlegen, daß sie ihren Blick öfter auf das Ganze richten, umfassende Pläne entwerfen. Schwerlich in der Ehrlichkeit, nur in der Virtuosität, dem *savoir faire* übertreffen sie die Städte. Ihre Macht war im Grunde genommen auch schon zu groß und hatte schon zuviel Attribut der Reichsgewalt an sich gebracht, um den Städten viel Hoffnung auf Gewinnung einer reichsständischen Geltung neben ihnen zu lassen. Auch von den Fürsten kommen nur die des Südens und Westens in Betracht, Hessen und Thüringen spielen schon eine zweite Rolle, der Norden fällt ganz aus. Das Unerfreulichste ist, daß wir auch hier keiner maßgebenden Persönlichkeit begegnen, keine tritt in individueller Bedeutung hervor; was aber noch viel mehr in die Augen fällt, ist die gänzliche Unbedeutendheit des Königs. Nicht daß er von Anfang an seine Trägheit, Trunksucht und Leidenschaftlichkeit gezeigt hätte, die später seinen Namen berüchtigt gemacht haben, es hat ihm in den ersten Jahren nicht am guten Willen gefehlt, aber er war eben der

schweren Aufgabe nicht gewachsen, die er schon mit 18 Jahren auf sich nehmen mußte. Die ersten Jahre ging er in leidlichem Einvernehmen mit den Fürsten. Aber gerade dem rücksichtslosesten unter diesen, dem Erzbischof Adolf von Mainz gegenüber hatte ihm schon der Vater eine schiefe Stellung hinterlassen, die er aus eigener Kraft nicht zu bessern wußte. Es war kein gutes Omen für sein Ansehen, daß er den trotzigen Grafen, noch dazu unter vortheilhaften Bedingungen, im Besitze des Erzbisthums ließ; er gewann keinen Anhänger an ihm. Von dem Verhalten aber zu den vier rheinischen Kurfürsten hing seine Stellung ab; ihnen verdankte er seine Wahl, sie waren in der Frage der Städtebünde besonders interessirt; aber offen für sie und gegen die Städte Partei zu nehmen, konnte er sich nicht entschließen, und aus dem Conflict der streitenden Mächte für seine Königsgewalt Vorthail zu ziehen, verstand er nicht. Wenn er z. B. 1384 die Heidelberger Stallung, einen Waffenstillstand zwischen Fürsten und Städten auf 4 Jahre, verwickelt, so erscheint er dabei nicht als Träger der Reichsgewalt, sondern wie ein von den Parteien angerufener guter Freund. Das Schlimmere aber ist, daß ihn bald nach diesem Ereigniß seine Familienpolitik so tief in die Verhältnisse des Ostens verstrickte, daß er den deutschen Dingen völlig den Rücken kehrte und zwei volle Jahre nicht im Reiche erschien, wo inzwischen die Gegensätze immer gespannter wurden und das Gewitter in der Sempacher Schlacht sich zum ersten Male entlud. Als er 1387 wieder ins Reich kam, ist bereits von seiner Absetzung die Rede, die Gefahr treibt ihn zur Annäherung an die Städte.

Die Entscheidung der hier in ihrem Anfang und Wachsthum skizzirten Dinge hat der Verfasser dem zweiten Bande vorbehalten. Der erste enthält sonst noch höchst interessante Kapitel über den westfälischen Landfrieden und die Verhältnisse im nordwestlichen Deutschland, die auch als völlig neu zu bezeichnen sind, und eine sehr sorgfältige Darlegung des Antheils, den Wenzel an der großen Politik nahm. Der englisch-französische Gegensatz, die Thronfolge seines Bruders Sigismund in Ungarn, die Verwicklungen in Italien, das in alle Verhältnisse eingreifende Schisma der Kirche sind große und schwierige Fragen, in denen Wenzel überall mehr im Interesse seines Hauses als des Reiches handelnd auftritt. Doch ihnen nachzugehen, gehört nicht zum Zweck dieser Zeilen, so sehr auch das Verdienst des Verfassers gerade darum anzuerkennen ist, weil diese Beziehungen hier zum ersten Male im großen, fast ganz Europa umfassenden Zusammenhange dargestellt sind. Hier aber handelte es sich nur darum auf die Erscheinungen und Vorgänge im Reiche hinzuweisen, die das Charakteristische der Zeit ausmachen und das nationale Interesse in erster Reihe in Anspruch nehmen. Von ihrer Darstellung wird doch, irren wir nicht, der Erfolg des Werkes abhängen, wenn es dem Verfasser gelingt, es in nicht allzu großen Pausen weiterzuführen; bis zur Voll-

endung bildet es eine sehr stattliche Lebensaufgabe. Die Darstellung ist natürlich und lebendig, sie geht frisch fort und trägt kein Pathos in eine Zeit hinein, die dessen entbehrt, sie verräth eine rüstige Kraft. Mit nicht geringem Geschick sind die zahlreichen Fäden bloßgelegt, die scheinbar völlig verwirrend in einander laufen, aber sie schießen auch zu einem Gewebe wieder zusammen. Möge es dem Buche zum guten Omen gereichen, daß es in demselben Verlage erscheint, aus dem Giesebrecht's Geschichte der deutschen Kaiserzeit hervorgegangen ist. Aber wozu die lateinischen Lettern?

H. Markgraf.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 14. Februar 1875.

Die Abgeordneten haben sich in sämmtlichen Sitzungen der vergangenen Woche mit der ersten Berathung der vier Gesetze zur Reform der Staatsverwaltung beschäftigt. Die Discussion zerfiel in drei Theile, sofern zuerst die beiden Gesetze über die Provinzialordnung und über die Bildung der Verwaltungsgerichte in eine Berathung zusammengefaßt, alsdann das Gesetz über die Bildung der Provinz Berlin und drittens das sogenannte Dotationsgesetz je in einer eigenen Berathung vorgenommen wurden. Am Schluß des ersten Theiles der Berathung schob sich noch die Discussion und Beschlussfassung über einen Antrag des Abgeordneten Virchow dazwischen, dahingehend, es solle die Staatsregierung ersucht werden, noch in dieser Session ein Gesetz zur Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die Provinzen Rheinland und Westfalen vorzulegen.

Der Gegenstand der Verhandlungen dieser Woche ist vielleicht der größte, der eine preussische Landesvertretung jemals in normalen Zeiten, im Laufe geselllicher Fortentwicklung beschäftigen kann. Wir können durchaus nicht sagen, daß die Discussion auf der Höhe ihrer Aufgabe stand, ohne daraus übrigens eine Anklage gegen irgend Jemand schöpfen zu wollen. Vergleicht man die in Rede stehende Discussion mit der des Reichstages über das Bankgesetz, so fällt der Vergleich durchweg zu Gunsten der letzteren aus, obschon, oder vielleicht grade weil der Gegenstand des Abgeordnetenhauses der weitaus bedeutendere war. Es wäre indeß ganz irrig, den Unterschied etwa aus der geringeren Befähigung des Abgeordnetenhauses herleiten zu wollen. Der Hauptgrund des Unterschiedes ist vielmehr der, daß bei dem Bankgesetz ein dringendes Bedürfnis mit zwingender Klarheit am Horizonte stand und das Durch-